

Nun doch Bebauung an ehemaliger Stadtgärtnerei

Stadtrat kippt Beschluss der Bezirksvertretung Bonn. Kritik von SPD und Grünen

VON RICHARD BONGARTZ UND
BETTINA KÖHL

DRANSDORF. Das Neubauprojekt auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei wird weiterverfolgt. Nachdem die Pläne der Stadt in der Bezirksvertretung Bonn (BV) im April noch mit knapper Mehrheit durchgefallen waren, sprach sich der Rat am Donnerstagabend nun mit 42 Ja- und 34 Gegenstimmen für die Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens aus. In der Diskussion mangelte es nicht an kritischen Bemerkungen.

Wie es nach der BV-Sitzung schon angedeutet wurde, hatte der Rat das Thema Stadtgärtnerei über einen Antrag der Jamaika-Koaliti-

on an sich gezogen. Ob dieses Verfahren rechtens war, bezweifelte Herbert Spoelgen (SPD): „Wir werden das juristisch überprüfen.“ Der Stadtrat dürfe nur dann etwas an sich ziehen, wenn das andere Gremium noch nicht entschieden habe. Spoelgen will die Sache der Kommunalaufsicht vorlegen. Die BV-Entscheidung sei inhaltlich richtig gewesen.

Die Grünen sind mit ihrer Meinung zu den neuen Doppel- und Reihenhäuser auf dem 28 Hektar großen Gelände in der Vergangenheit hin- und hergeschwenkt. Erst waren sie für

eine Teilbebauung, 2012 schlossen sie sich dem von ihnen mitbeauftragten Gutachten des integrierten Freiraumsystems an, das empfahl, die Fläche freizuhalten.

*„Wir
werden
das
juristisch
überprüfen“*

Herbert Spoelgen

SPD-Stadtverordneter

Als Koalitionspartner stehen sie der Bebauung nun nicht mehr im Wege.

Fünf Grüne hatten nach Angaben von Brigitta Poppe im Rat nun doch nicht mitgestimmt, weil auch sie der Meinung seien, dass die Rechte der BV „einkassiert“ wurden. „Der Rat kann BV-Entscheidungen an sich ziehen, wenn es übergeordneten Charakter hat.“ Das sei bei dem

„klitzekleinen Baugrundstück mit wenigen Häusern“ in Dransdorf aber nicht der Fall. Als Anwohnerin hatte sich die Stadtverordnete als befangen erklärt.

„Die Stadtgärtnerei steht in unserem Koalitionsvertrag und wird entsprechend auch umgesetzt“, sagte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger, der das Gelände als „ideal für Wohnnutzung“ sieht. Die BV sei nicht für die Beschlussfassung über den Bebauungsplan zuständig, sondern nur für die Bürgerbeteiligung. Deshalb habe der Rat die Sache behandeln können. Das Ratsbüro habe überprüft, ob alles rechtens war. Die Offenlage werde wohl nach der Sommerpause erfolgen.